

vierteljährlich im Stadt-, Orts- und Nachbarort-Verkehr Mk. 2.10, außerhalb Mk. 2.20 einschließlich der Postgebühren. Die Einzelnummer des Blattes kostet 10 Pf. Erscheinungswelt täglich, mit Ausnahme der Sonntage und Feiertage.

Gegründet 1877.



Die 10spaltige Zeile über deren Raum 12 Wg. Die 12spaltige Zeile über deren Raum 25 Wg. Bei Wiederholungen ununterbrochener Anzeigen entsprechende Rabatte. Bei gerichtlicher Einziehung und Korrekturen ist der Rabatt hinfällig.

Verantwortlicher 11.

Schwarzwälder Tageszeitung. für die D.-U.-Bezirke Nagold, Freudenstadt und Calw.

Nr. 279

Druck und Verlag in Altensteig.

Mittwoch, den 27. November.

Amtsblatt für Pfalzgrafenweiler.

1918.

Die Reichskonferenz.

Ueber die gestern kurz erwähnten Berichte des Staatssekretärs in der Reichskonferenz meldet W.D. nachträglich noch:

Berlin, 26. Nov.

Staatssekretär Solf führt aus: Da die Teilnahme der Vereinigten Staaten am Kriege sich als ausschlaggebend erwiesen, haben wir uns mit unserem Waffenstillstands- und Friedensangebot auch an sie gewandt. Außerdem habe Wilson als einziger ein ehrliches Friedensprogramm vertreten, während alle anderen Gegner Imperialisten sind. Allerdings herrsche auch in Amerika Siegestimmung und daher Uebereinstimmung mit den Waffenstillstandsbedingungen. Amerikas Forderung sei, daß in Deutschland Ruhe und Ordnung aufrechterhalten werde, sonst droht es mit dem Einmarsch. Eben jetzt sei eine Antwort Wilsons eingegangen, welche Verborgung in Aussicht stellt, wenn die öffentliche Ordnung aufrechterhalten werde. In England habe die hochfahrende Siegestimmung gesiegt. Selbst Lansdowne und Henderson seien verstimmt. Lord Cecil's Rücktritt könne man wohl auf seine Stellung zum Völkerverbund zurückführen, die der unsrigen entspreche. Auch in England werde von Deutschland eine gesicherte Mehrheitsregierung verlangt. Herrsche in England Siegestimmung, so sei in Frankreich der Siegestaumel an der Tagesordnung. Seine öffentliche Meinung dränge vor allem auf Unterdrückung jeglichen Bolschewismus, aber es scheine fast, als wolle man in Paris gar keinen Frieden, sondern hoffe, durch Förderung der Trennung das Reich zu zerstören. In Polen sei das Bestreben, die Aufhebung der deutschen Okkupation ohne Blut zu erleichtern, obwohl die Volkstimmung anders gerichtet sei. Ungünstig wäre die Uebernahme der Regierung durch die nationaldemokratische Partei, die ententefreundlich und deutschfeindlich sei. In der Ukraine scheine sich der Gedanke des russischen Föderationsstaates durchsetzen zu wollen. Rußland sei von der alten Regierung im Interesse des Friedensschlusses anerkannt worden, aber gegen bolschewistische Propaganda in unserem eigenen Lande durch Moskau müßten wir uns aufs entschiedenste verwahren. Die Verhältnisse in Rußland seien unerträglich geworden. Das Ende der Sowjetregierung scheine bevorzusehen. Solf kommt auf der unbedingten Vernichtungswillen Frankreichs zurück, dem trennungsfähige Eigenmächtigkeit im eigenen deutschen Lande in die Hände arbeite; so wenn der A- und S-Rat in Hamburg selbständige Beziehungen zur Sowjetregierung aufknüpfe oder wenn der Kurier des Auswärtigen Amtes auf der Reise nach Wien verhaftet werde. Er habe mit seinen Beamten loyal unter der neuen Regierung gearbeitet, aber der Vernichtung des Reichs könne er nicht ohne Protest zusehen. Seine einzige Hoffnung sei diese Konferenz, denn die heutigen Verhältnisse zerstörten alle Friedenshoffnung. Die Konferenz müsse unbedingt dreierlei beschließen: 1. Die Zentralgewalt darf keiner Kontrolle unterstellt sein, welche die Einzelstaaten nicht anerkennen. 2. Die Auslandsverhältnisse dürfen nur der Reichsregierung obliegen. 3. Für die Nationalversammlung, die nicht in Berlin, sondern einem zentral gelegenen anderen Orte zu tagen hat, muß ein baldiger Termin festgesetzt werden, denn was heute vorhanden sei, könne nur als Provisorium gelten.

Staatssekretär Erzberger berichtet zunächst über den Entschluß des Kriegskabinetts am 8. Nov., dem französischen Oberbefehlshaber die Kapitulation Deutschlands anzusprechen. Die Verhandlungen führten zu dem Ergebnis, daß Elsass-Lothringen nicht als besetztes Gebiet, sondern als selbständiger Staat bezeichnet wurde. Das Kriegsmaterial werde ordnungsgemäß übergeben, dagegen konnten nur 3000 Lokomotiven und 100000 Wagen abgeliefert werden. Die Abmachung über die deutschen Kriegsgefangenen müßten wir können, erscheine hoffnungslos. Die Rückgabe der Gefangenen vollziehe sich normal, umöglich sei dagegen die Rückführung der gefangenen Russen vor dem 1. Februar 1919. In der Lebensmittelfrage sei gestern zum erstenmal eine entgegenkommend gehaltene Depeche von Clemenceau eingetroffen. Er befürchte, die Entente suche einen Rechttitel, um in

Deutschland einzurücken. Herand ergebe sich die dringende Notwendigkeit des Vorfriedens.

Ministerpräsident Eisner erklärte, die Berichte von Solf und Erzberger lassen nichts davon merken, daß in zwischen die Revolution ihre Arbeit getan habe. Den Frieden werden wir nur erreichen durch völlig unkompromittierte Männer. Man fasse sich an den Kopf, wenn man die Namen der Waffenstillstandsunterhändler liest. An ihrer Spitze ständen Leute wie Erzberger, welche die Weltberufung der öffentlichen Meinung organisiert haben. Er könne die Tätigkeit dieser beiden Männer nichts anderes als Gegenrevolution nennen. Clemenceau habe erst neulich erklärt, die ursprünglichen Waffenstillstandsbedingungen gelten nicht dem deutsche Volk, sondern Wilhelm II. Der Kaiser sei gegangen. Ihn müßten alle die kompromittierten Männer nach Holland folgen, wenn sie nicht wegen Landes- und Volksverrats angeklagt werden wollten. Solf, Erzberger und ihresgleichen seien für alle Zeiten erledigt. Eisner berichtet über den Verlauf der Revolution in Bayern. Die A- und S-Räte müssen ausgebaut werden als Ersatz für den bürgerlichen Parlamentarismus, der bankrott gemacht habe. Weber Clemenceau noch Lloyd George, noch Wilson denken daran, einen Frieden mit einer sozialistischen-radikalen Regierung zu verweigern und ihn von der Einberufung der Nationalversammlung abhängig zu machen.

Die Nachmittagsführung wurde eingeleitet durch eine Rede des Volksbeauftragten Barth, der die Nationalversammlung für notwendig erklärte, aber vorerst die A- und S-Räte als Vorparlament berufen will. Die Diktatur wolle niemand verlängern.

Präsident Merges-Braunschweig wendet sich scharf gegen die Gegenrevolution und gegen die Herrenstatistik der Regierung. Die Diktatur müsse solange bleiben, bis die Verhältnisse sozialistisch umgestaltet seien. Die Regierung müsse vom Volkspöbel weggeführt werden, denn sie gehöre nicht auf ihren Platz.

Ebert verweist darauf, daß die Regierung vom Vertrauen der Parteien und der A- und S-Räte getragen werde und daß an dem angeblichen Befehl des Generals Sigt von Armin an das Feldheer, den der Vorkredner zitiert habe, kein wahres Wort sei.

Crispien-Württemberg warnt vor übertriebener Hege gegen scheinbaren Bolschewismus. Er erklärt sich uneingeschränkt für die Nationalversammlung. Er wünsche eine wirklich gute Presseabteilung der Regierung und einen Gerichtshof für die Schuldigen am Kriege, nicht zu deren Bestrafung, sondern zur Feststellung.

Geiß-Baden spricht für baldige Einberufung der Nationalversammlung. Ohne sie sei kein Frieden möglich.

Eisner warnt vor Durchführung des Sozialismus im Augenblick der Zerrüttung. Die Regierung sei rein sozialistisch umzuformen und ein Präsidium zu wählen, das Deutschland vertreten und mit der Entente verhandeln könne.

Ebert verwahrt sich gegen die Angriffe auf die Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch sei. Erzberger beleuchtet den Imperialismus unserer Feinde.

Saas-Karlsruhe protestiert gegen jede Diktatur von Berlin und erklärt, die Nationalversammlung sei das einzige Mittel gegen die Trennung.

Scheidemann sagt, daß man im Augenblick der Zerrüttung nicht sozialisieren könne, wendet sich aber gegen ein Massenparlament, wie es die A- und S-Räte auf die Dauer wären, und nennt die angeblichen technischen Schwierigkeiten der Nationalversammlung lächerliche Zwirnsäden. Man brauche keine Wählerlisten, nur Legitimationen für jeden Wähler, die nach der Wahl abgestempelt würden, und für jede Partei eine Wählerliste für das ganze Reich.

Gradnauer-Sachsen schließt sich ihm an. Herzfeld spricht für die Beibehaltung der A- und S-Räte, bis die wirtschaftliche Revolution weit genug vorgetrieben sei.

Volksbeauftragter Haase sagt, die jetzige Regierung sei verhandlungsfähig. Scheidemanns Vorschläge billige er nicht. Die Nationalversammlung in den Bundesstaaten bitte er zurückzusenden. Zwischen Solf und dem Volksbeauftragten herrschen allerdings Meinungsverschiedenheiten, welche die heutige Rede noch verstreift hätte. Unver-

antwortliche Einflüsse gegen die sozialistische Revolution dulde die Reichsregierung nicht.

Auf Vorschlag Eberts wird folgendes Ergebnis der Verhandlungen angenommen:

1. Die Aufrechterhaltung der Einheit Deutschlands ist ein dringendes Gebot. Alle deutschen Schwämme seien geschlossen zur deutschen Republik. Sie verpflichten sich entschieden, im Sinne der Reichseinheit zu wirken und Trennungsbestrebungen zu bekämpfen.

2. Der Berufung einer verfassunggebenden Nationalversammlung wird allgemein zugestimmt, ebenso der Absicht der Reichsleitung, die Vorbereitungen zur Nationalversammlung möglichst bald durchzuführen.

3. Bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung sind die A- und S-Räte die Repräsentanten des Volkswillens.

4. Die Reichsleitung wird ersucht, auf die schleunige Vervollständigung eines Vorfriedens hinzuwirken.

Beim letzten Punkt der Tagesordnung über die wirtschaftliche Lage erstatten Staatssekretär Wurm vom Reichsernährungsamt, Staatssekretär Köth vom Demobilisationsamt und Staatssekretär Müller vom Reichsarbeitsamt Berichte. Müller warnt vor allem vor unbedingten Eingriffen in den freien Apparat des Geld- und Kreditwesens und schlägt folgende Entscheidung vor, die einstimmig angenommen wurde:

Um das wirtschaftliche Leben Deutschlands aufrecht zu erhalten, die ungehörte Versorgung des Landes mit Lebensmitteln und Rohstoffen aus dem Ausland zu sichern und die deutsche Volkswirtschaft im In- und Ausland kreditfähig zu erhalten, ist das Fortarbeiten aller Banken, Sparkassen und sonstigen Kreditinstitute auf deren bisheriger Grundlage und in der bisherigen Form unbedingt erforderlich. In Uebereinstimmung mit den Vertretern der deutschen Einzelbanken erklärt daher die Reichsregierung, daß jeder Eingriff in die geschäftliche Tätigkeit der Kreditinstitute zu unterbleiben habe.

Staatssekretär Schiffer vom Reichsfinanzamt weist auf das Gesetzwesen der Finanzverhältnisse des Reichs hin. Eine zu lange Dauer des rechtslosen Zustands müsse zum Zusammenbruch der Finanzen führen. Daher fordert er aus rein praktischen Gründen die Nationalversammlung. Er entwickelte sodann ein großes Finanzprogramm, in dem schärfste Bekämpfung der Steuererlässe, eine große Kriegsgewinnsteuer, sowie Besteuerung der Mehrgewinne und Vermögensabgabe enthalten sind.

Staatssekretär Köth verteidigt die neueste Verordnung gegen die Weiterführung der Kriegsaufträge und nach 9 Uhr abends spricht Ebert das Schlusswort: Wenn die deutsche Republik leben soll, so bedarf sie der Arbeit und Sozialismus ist Arbeit! Er appelliert an die Arbeiter und Soldaten, damit die deutsche Arbeiterschaft der Welt zeige, daß 50 Jahre der Erziehung zur Selbstzucht durch die Sozialdemokratie nicht verloren seien. Für die neue Republik sei die staatsrechtliche Festigung in der Nationalversammlung zu schaffen. Damit wird die Konferenz geschlossen.

In der nächsten Zeit werden die Finanzminister der deutschen Staaten zusammentreten, um über eine einheitliche Grundlage der neuen Steuerpläne zu beraten.

Die Umwälzung im Reich.

Der Ernst der Lage.

Berlin, 26. Nov. Der „Vorwärts“ veröffentlicht eine Unterredung mit dem Staatssekretär des Reichsamt für wirtschaftliche Abfertigung, Köth, der u. a. sagte: Ueber den furchtbaren Ernst unserer wirtschaftlichen Lage scheint die Heimat noch nicht hinreichend klar zu sein. Wir wandeln an Abgründen, die uns täglich zu verschlingen drohen, und nur größtes Selbstbewußtsein, stärkste Arbeitsanspannung, eiserne Disziplin aller, können das Volk retten. Vor allen Dingen muß jeder arbeiten, sonst gehen wir zugrunde. In der letzten Zeit ist vielfach die Arbeitsleistung gesunken. Wer wir können es uns weiterhin einfach nicht leisten. Jeder muß sich aus der Erregung, Ablenkung oder Unlust herausrufen und unermüdet seine Pflicht tun. Es müssen jetzt auch Arbeitseinstellungen vermieden werden. Jeder Streik kann uns unmittelbar in die Katastrophe hineintreiben.

Berlin, 26. Nov. Die Arbeiter im Oberberliner Kohlengebiet sind in den Ausstand getreten. — 2000 Arbeiter der Daimler-Werke in Berlin-Marienburg haben die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen Wahrung der Altdienste. Die Angestellten haben sich ihnen angeschlossen. Auch bei Siemens und Halske ist nach dem „A. L.“ eine Ausstandsbedrohung im Gange.

Berlin, 26. Nov. Die Spartakusgruppe veranstaltet Versammlungen der Arbeitslosen. Die Arbeitslosen soll nötigenfalls auf 4 Stunden täglich herabgesetzt werden. Die Stadt Berlin wird 10—15 Mill. M. zur Unterstützung der Arbeitslosen und für Notstandsarbeiten bereitstellen. Die Spartakusgruppe verlangt Verstaatlichung der industriellen Betriebe.

Die Enthüllung Eisners.

Berlin, 25. Nov. Die „Deutsche Illust. Ztg.“ schreibt: Im Namen der Wahrheit legen wir gegen die Veröffentlichung der hündelhaften „Wahrheit“ der bayrischen Dokumente Verwahrung ein, durch die nur Verwirrung zum Vorteil unserer Feinde entsteht. Solche Verwirrungen bekannt zu geben, ist ohne Sinn, solange nicht auch die Dokumente in Paris und London bekannt werden.

Protest der bürgerlichen Parteien in Bayern.

München, 25. Nov. Die bürgerlichen Parteien des Landtags protestieren in einer Erklärung erneut gegen die gewaltsame Verhinderung der parlamentarischen Arbeit der Kammer der Abgeordneten durch die neue Regierung. Die bürgerlichen Parteien werden die prov. Regierung nur unterstützen können, wenn sie ihr gegebenes Wort einlöst, Wahlen zur Nationalversammlung auf demokratischer Grundlage so rasch wie möglich auszusprechen und ihre Tätigkeit als beendet anzusehen, sobald das Volk durch die Nationalversammlung die Leitung seiner Geschicke selbst bestimmt.

Die schwäbischen Bauern gegen die U.S.A.

Augsburg, 25. Nov. Die Einladung des Arbeiter- und Soldatenrats in Augsburg an die Bauern des Kreises Schwaben-Kraibitz, am 25. Nov. einen Bauernrat zu wählen, ist von sämtlichen organisierten Bauern — rund 200 000 — abgelehnt worden. Der U.S.A. habe kein Recht, einen Bauernrat zu bilden und die Bauernschaft des Kreises würde niemals einen auf Veranlassung des U.S.A. berufenen Bauernrat anerkennen.

Versammlung englischer Kriegsgefangener.

Berlin, 25. Nov. Gestern fand eine Versammlung englischer Kriegsgefangener statt, in der die Sozialisten Bernstein und Ledebour sprachen. Als Ledebour die gegenwärtige deutsche Regierung scharf angriff und England aufforderte, nichts gegen den Bolschewismus in Russland zu unternehmen, riefen ihn die Engländer zu: „Sind Sie ein Russe?“

Berlin, 26. Nov. Der deutsche Bevollmächtigte meldet, daß im Balkenland vorerst kein Anlaß zu Besorgnis sei. Das in Reval lagernde Heeresgut soll gesichert sein. Unruhen und Plünderungen seien allerdings vorgekommen. In Kurland und Livland herrsche Ruhe. Anders sei die Lage in Estland, wo die Republik ausgerufen worden sei.

Frankreich gegen den Kaiser.

Paris, 26. Nov. Einige Blätter verlangen von Holland die Ausweisung des Kaisers Wilhelm, da er nicht heimlich auf die Regierung verzichtet habe und demgemäß nicht als Privatperson zu betrachten sei. — Ein Ausschuss ist zusammengesetzt, der die „verbrecherische Schuld“ des früheren Kaisers am Kriegsausbruch untersuchen soll.

Fremde Journalisten in Deutschland.

Berlin, 25. Nov. Auf der Durchreise von der West- nach Ostpreußen wollten fünf amerikanische Journalisten in Frankfurt a. M. Bei der Zusammenkunft am Abend nach einem Besuch des Arbeiter- und Soldatenrats sagte einer der amerikanischen Herren, wie verschiedene Morgenblätter berichteten: Sobald erst Amerika die Wahrheit und die Disziplin der deutschen Revolution erfahren hat, wird eine vollständige Sinnesänderung der Amerikaner eintreten. Die amerikanischen Korrespondenten werden in Berlin von Staatssekretär Scheidemann empfangen werden.

Delegiertenversammlung der U.S.A.

Berlin, 26. Nov. Die Delegiertenversammlung sämtlicher Arbeiter- und Soldatenräte wird auf 16. Dezember nach Berlin einberufen.

Protest des U.S.A.

Freiburg, 26. Nov. Der Arbeiter- und Soldatenrat in Freiburg hat sich dem Protest des Frankfurter Rats angeschlossen, daß die Reichsregierung der Diktatur der Räte von Berlin unterstellt werden solle.

Weitere Enthüllungen?

Berlin, 26. Nov. Nach Wälterm-Lourensen sollen die Geheimnisse des Auswärtigen Amtes mit Rücksicht auf die Schuldfrage am Weltkrieg untersucht und veröffentlicht werden.

Erklärung bayrischer Minister.

München, 26. Nov. Die früheren Minister v. Thelenmann, v. Braunig, v. Ansling und v. Seidlein erklären, daß ihnen der von Eisner veröffentlichte Bericht an den Grafen Hertling über die diplomatischen Vorgänge vor der Kriegserklärung unbekannt sei.

Erneute Infrage von Lebensmitteln.

Berlin, 25. Nov. Hier ist eine Note des Staatssekretärs Lansing eingetroffen, wonach Präsident Wilson sich bereit erklärte, die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln in günstigerem Sinne zu erwägen und diese Frage mit den verbündeten Regierungen sofort aufzunehmen, vorausgesetzt, daß er die Versicherung erhält, daß in Deutschland wirklich die Ordnungsgesetze erhalten sind und auch weiterhin aufrechterhalten bleibt und daß eine gerechte Verteilung der Nahrungsmittel unabweisbar garantiert wird.

Der amerikanische Schutz.

München, 26. Nov. Den „N. N. A.“ wird aus Bern über die Ausrückung eines Amerikaners gemeldet: Nach dem Friedensschluss werden amerikanische Truppen in Europa bleiben, um die innere Ordnung, die in allen kriegsführenden Staaten bedroht sei, zu bewachen. Es sei zu hoffen, daß Deutschland dieses Schutzes nicht bedürfe, wenn ihm die Lebensmittelzufuhr erleichtert werde. Amerika könne in seinem eigenen Handelsinteresse Deutschland als Abnehmer und Lieferant nicht entbehren und wünsche es vor der Schreckensherrschaft der Kommunisten bewahrt zu sehen, die zwar nicht lange dauern konnte, aber unglücklichen Schaden stiften würde. Die Schweiz würde in Mitleidenschaft gezogen. Am 16. November sollte schon eine Hilfeleistung für Deutschland von Basel aus ausgeführt werden, da wurde gemeldet, daß der russische Bolschewist Joffe nach Berlin zurückgekehrt sei. Sofort wurde die Sendung zurückgehalten, da man der deutschen Regierung nicht traute. Die Nachricht erwies sich als eine Bosheit von Bolschewistenführern in der Schweiz. Gegenseitiges Vertrauen lasse sich erst mit der Zeit herstellen. Deutschland dürfe aber keinen Zweifel lassen, daß der Bolschewismus überall als Feind des Friedens und des Völkervolks erkannt und geächtet werden.

Der Waffenstillstand.

Paris, 25. Nov. In der heutigen Sitzung erklärte der französische Vorsitzende, daß für die Berechnung des Abkommensfrist der 11. Nov. 6 Uhr vormittags deutscher Zeit gilt. Es wurde ferner ein Antrag von dem französischen Vorsitzenden gestellt, während der Befragung des kaiserlichen Geheims und der Bräuterköpfe zur Regelung gewisser militärischer Fragen als Verbindungs-offizier den örtlichen deutschen Verwaltungsbehörden, jedem der 3 großen Bräuterköpfe und für die bayrische Pfalz je einen Generalsstabsoffizier anzuschließen.

Frankreich Aufruf an die Elässer.

München, 26. Nov. Die Münchener Funkstation hat nach der Korr. Hoffmann folgenden Aufruf aufgegeben:

Paris, 25. Nov. An alle! Aufruf an das Volk. Was für ein Wunder habt Ihr, Straßburger und Elässer vollbracht, indem Ihr trotz aller Bedrückungen und trotz des verhassten Joches in Eurer Treue ganz die heilige Liebe dem Vaterlande bewahrt habt. Die Geschichte kennt zweifellos kein größeres Beispiel einer so bewunderungswürdigen Treue. Ihr Soldaten habt heldenmütig in den längsten Schlachten, die es jemals gegeben hat, gekämpft. Ihr seid ruhmbedeckt daraus hervorgegangen. Die furchtbare Schranke ist gefallen und der Adler niedergeboren. Wie einst kommt Frankreich zu Euch, Ihr Straßburger, wie eine Mutter zu ihrem lieben Kinde, das es verloren und wiedergefunden hat. Es wird nicht nur Eure Gemohnheiten, Eure lokalen Ueberlieferungen, Euren religiösen Glauben, Eure wirtschaftlichen Notwendigkeiten achten, sondern auch Eure Wunden verbinden und in diesen schweren Tagen Eure Ernährung sicherstellen. In dieser feierlichen herrlichen Stunde, die den Triumph des Rechts, der Gerechtigkeit und der Freiheit über die brutale Gewalt bringt, wollen wir uns, Ihr befreiten Elässer und Ihr bereitenden Soldaten, in der gleichen Liebe vereinigen. Es lebe Frankreich! Es lebe die Armee! Es lebe die Republik!

Saarbrücken, 26. Nov. Der französische Kommandeur hat angeordnet, daß alle roten Plakate sofort entfernt werden müssen.

Die Engländer bejagen Kiel.

London, 26. Nov. Die englischen Borspostenschiffe sind gestern nach Kiel abgefahren. Minenschiffe machen die Fahrt durch den Sund frei, worauf größere Schiffe in die Ostsee abgehen werden.

Nordschleswig verloren?

Kopenhagen, 26. Nov. Der Reichstagsabg. Hansen verständigte die dänische Regierung, die deutsche Regierung habe eingewilligt, daß die Bevölkerung Nordschleswigs darüber abstimme, ob sie zum Deutschen Reich oder zu Dänemark gehören wolle. Die Arbeiter- und Soldatenräte haben sich in der Mehrzahl für Dänemark entschieden. Der dänische Minister des Auswärtigen drückte dem Abg. Hansen seine Freude über das Ergebnis aus. Dänemark könne auf dem Friedenskongress seine Ansprüche auf Nordschleswig nur geltend machen, wenn es sich auf eine Volksabstimmung stützen könne.

Neues vom Tage.

Magenfurt, 25. Nov. Den „Freien Stimmen“ zufolge ist Rossig von süblavischen Truppen befehligt worden.

Die Rumänen gegen Ungarn.

Budapest, 25. Nov. Der Rumänisch-ungarische Truppenverbande über die östliche Grenze Ungarns ist in vollem Gange. Am Sonntag nachmittag

Leserbrief.

Was kann die Freude machen,
Die Einigkeit verheißt?
Das gibt ein doppelt Lachen,
Was Freunden wird erzählt.
Der kann das Leid sich wehren
Der ist von Herzen sagt;
Der muß sich selbst verzeihen,
Der insgeheim sich nagt.

Simon Dach.

Rote Rosen.

Roman von S. Courts-Mahler.

(Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wenn du es willst — ja — so willige ich ein,“ sagte sie hastig, als fürchte sie, nochmals ungeschlüssig zu werden.

Da zog er erst ihre Hand an seine Lippen, und dann schlang er den Arm um sie und wollte sie auf den Mund küssen. Aber sie neigte schnell, wie in instinktiver Abwehr, das Haupt, und seine Lippen besichtigte er nur wenig. Er merkte, daß sie ihm auswich, und das weckte eine seltsame Unruhe in ihm. „Sie liebt mich natürlich nicht, sah sie doch bisher nur den Onkel Kainer in mir, Sie muß erst lernen, mich mit anderen Augen zu betrachten, und ich muß Geduld haben und sorgsam mit ihrem jungen Herzen umgehen. Reinesfalls darf ich sie ermahnen, das würde mir ihre Seele für immer verschließen.“ Sagte er machend zu sich selbst. Und in dem Bestreben, danach zu handeln, zeigte er sich ihr viel ruhiger und gelassener, als er es im Grunde seines Herzens war. Ihre Hände fest in den seinen haltend, wuschelte er ihr zu und suchte durch sein Benehmen eine Brücke zu bauen von ihrem einseitigen Be-

rührten nur ihre Stirn. Es war ein unklares Gefühl, das sie gegen seinem Kuß auszuweichen. Sein Händchen zu dem festigen.

„Ich danke dir herzlich für dein Vertrauen, meine liebe kleine Josta. Ich war sehr lange, daß du mir einen Kuß geben würdest,“ sagte er herzlich.

Sie sah ihn sagend an.

„Was hättest du dann getan?“ forschte sie.

Er zuckte lächelnd die Achseln.

„Was wäre mir anders übrig geblieben, als mich zu entfernen und wieder nach Hamburg zurückzukehren.“

Das klang ihr viel zu gelassen, es gefiel ihr gar nicht. Aber das sagte sie nicht. Sie fragte nur weiter: „Wann ist dir der Gedanke gekommen, mich zu fragen, ob ich deine Frau werden will?“

Er dachte nach.

„Genau weiß ich das nicht mehr. Ich weiß nur, daß ich, seit ich den Gedanken hatte, mich zu verheiraten, auch gleich wußte, daß du meine Frau werden müßtest. Eigentlich wollte ich es dir erst sagen, wenn wir wieder einmal längere Zeit in Waldow sein würden. Ich hoffte im Sommer auf eine längere Zusammenkunft. Aber gestern Abend kam das so plötzlich über mich. Mir schien, als dürfe ich keine Minute mehr zögern, dir diese Frage vorzulegen. Und da reiste ich heute morgen ab — und hier bin ich nun und halte deine Hand in der meinen.“

Ehe sie etwas erwidern konnte, trat der Minister ein und sah fragend zu dem beiden hinüber. Josta eilte auf ihn zu und stürzte in seine Arme, als suche sie Schutz vor sich selbst.

„Papa — lieber Papa!“

Der Minister schaute über ihren Kopf hinweg einen Blick mit Graf Ramberg. Dieser neigte bejahend das Haupt. Da schloß der Minister seine Tochter fest in seine Arme.

„Mein liebes Kind!“ sagte er innig.

Graf Ramberg trat heran.

„Josta hat mir ihr Jawort gegeben. Nun sei du mir ein treuer Vater, wie du mir bisher ein väterlicher Freund warst, und gib uns deinen Segen,“ bat er ernst.

„Zweifelnd legte der Minister die beiden Hände ineinander. Und dann sagte er warm: „Gott segne euch beide — und schenke euch ein friedliches Glück.“ Josta war es zu eng in der Brust. Sie fühlte, daß sie jetzt, wenigstens einige Minuten, allein sein mußte. Sie küßte den Vater und stammelte eine hastige Entschuldigung. Dann ging sie schnell aus dem Zimmer.

Die Portiere fiel hinter ihr zusammen, die den grünen Salon von dem Nebenzimmer trennte. In ihrer Erregung merkten die beiden Herren nicht, daß Jostas Schritt auf den weichen Teppichen verklang, und daß sie das Nebenzimmer nicht verließ. Josta fühlte die Arme unter sich zittern, sie konnte nicht weiter gehen und sank im Nebenzimmer in einen Sessel. Die Hände fest auf das klopfende Herz gepreßt, sah sie da und lauschte in sich hinein, bis von drüben die Stimmen der beiden Herren an ihr Ohr schlugen.

Diese hatten keine Ahnung, daß Josta im Nebenzimmer lag. Sie glaubten sie auf ihrem Zimmer. So wurde Josta Zeugin eines Gesprächs, weil sie nicht fähig war, sich zu erheben und sich zu entfernen.

„Querst sprach ihr Vater.“

„Ich brauche dir wohl nicht zu sagen, mein lieber Kainer, wie glücklich es mich macht, daß ich meine Tochter nun geborgen weiß in deinen Armen, an deinem Herzen. Wenn du mir auch offen gesagt hast, daß du Josta nicht leidenschaftlich liebst, wenn ich auch weiß, besser wie jeder andere, daß du dein Herz der deine große, heilige Liebe gehörte, so weiß ich doch auch, daß du meine Josta immer hochhalten nur mit Schmerzen losgerissen hast von der Frau, wirst im Herzen und deine Hände über sie breiten wirst. Auch Josta bringt dir sicher nur ein gemäßigtes Gefühl entgegen, aber werden die Ehen, die nicht aus himmelstürmender Liebe, sondern aus Sympathie und Hochachtung geschlossen werden, nicht die harmonischsten und glücklichsten? Und so hoffe ich, daß ihr glücklich miteinander werdet.“

Fortsetzung folgt.

Das rumänische 13. Korpskommando 2000 Mann stark mit Stab in Sergyso Toelgoos einmarschiert.

Der Grundbesitz des ungarischen Episkopats.

Budapest, 25. Nov. Die ungarischen katholischen Bischöfe mit dem Fürst Primas Csernoch an der Spitze richteten an den Ministerpräsidenten Grafen Karolyi ein Schreiben, in dem sie erklärten, daß die Kirche zur Bewirklichung der demokratischen Besitzreform ihren hierzu geeigneten Grundbesitz der Regierung zur Verfügung stelle.

Die Engländer im Schwarzen Meer.

Kiew, 25. Nov. Ein englisches Torpedoboot ist in Sebastopol eingetroffen. Morgen wird die englische Flotte dort erwartet. Odesa und Charkow sollen von Entente-Truppen besetzt werden. Die Entente hat den deutschen Geschäftsträger in Kiew wissen lassen, daß sie die Aufrechterhaltung der durch den Weltkrieg geschaffenen Staatsordnung wünsche und die deutschen Truppen für verpflichtet erachte, die Ordnung und Ruhe im Lande aufrecht zu erhalten.

Die Engländer gegen den Volksewidmung.

London, 26. Nov. „Daily Mail“ meldet, 500.000 Engländer seien auf dem Marsch gegen Rußland, um den Volksewidmung kriegerisch zu erwidern. Trotski hat bekanntlich abgedankt. (Schr.)

Belgien und Luxemburg.

Brüssel, 26. Nov. Nach der „Nieuw. Bl.“ wurde in einer Beratung der belgischen Senatoren ausgeführt, wenn die Verbündeten Belgien die Einverleibung Luxemburgs vorschlagen sollten, so sei dieses Angebot anzuweisen.

Amtliches.

Befugnung des Arbeitsministeriums, betr. weitere Maßnahmen zur Kohlenersparnis.

Folge der Rückförderung der Truppen ist die Rheinwasserstraße vom 24. Nov. ds. Jrs. ab auf 14 Tage ganz gesperrt. Dadurch werden die Kohlenlieferungen nach Württemberg voraussichtlich auf 3 Wochen unterbrochen. Um einem völligen Mangel an Kohlen bei Gas- und Elektrizitätswerken, in den Fabriken usw. vorzubeugen, ordne ich deshalb als Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung mit Zustimmung der provisorischen Regierung folgende Maßnahmen zur Kohlenersparnis an:

1. Die Arbeitszeit wird festgesetzt:
a) für Gewerbetriebe die zum Betrieb aus Kohle erzeugte motorische Kraft oder Kohle zur Heizung brauchen, auf 9-2 Uhr bei Durcharbeit,
1-12 und 12 1/2-4 1/2 Uhr bei Schichtarbeit.

Die Anordnung von Schichtarbeit bedarf der Zustimmung der Wirtschaftlichen Technischen Abteilung des Arbeitsministeriums.

Für Gewerbetriebe, die zum Betrieb weder aus Kohle erzeugte motorische Kraft oder Beleuchtung noch Kohle zur Heizung brauchen, bleibt die Verfügung des Arbeitsministeriums über die Regelung der Arbeitszeit in Gewerbetrieben vom 15. Nov. 1918 (Staatsanzeiger Nr. 270) maßgebend.

- b) für Büros, Kanzleien, Schulen usw. 9-2 Uhr, bei öffentlichen Behörden im Bedarfsfall außerdem von 3 1/2 bis 6 1/2 Uhr.

Ausgenommen sind von a) Gas-, Wasser- u. Elektrizitätswerke, von a) und b) die Verkehrsanstalten und Sicherheitsbehörden.

2. Ladengeschäfte dürfen offen gehalten werden in der Zeit von 9-4 Uhr. Das Personal darf nur innerhalb dieser Zeit beschäftigt werden.

3. Die Polizeistunde wird für das ganze Land auf 9 Uhr abends festgesetzt; Theater- und Kinovorstellungen sind um 8 Uhr zu schließen. Letztere dürfen nicht vor 3 Uhr nachmittags beginnen.

4. Die Straßenbeleuchtung ist spätestens um 10 Uhr abends einzustellen, wenn zur Erzeugung des dabei verwendeten Lichts Kohle verwendet wird.

5. Der Straßenbahnbetrieb wird beschränkt auf die Zeit von 7 Uhr morgens bis spätestens 10 Uhr abends.

6. Die Elektrizitätswerke sind angewiesen, den Notbetriebsplan bis auf weiteres einzuführen.

Der Eisenbahnfahrplan kann an die Arbeitszeitkürzung nicht sofort angepaßt werden.

Ausnahmen von vorstehenden Einschränkungen kann das Arbeitsministerium anordnen. Anträge zu Ziff. 1 und 2 sind an das Landesamt für Arbeitsvermittlung, zu Ziffer 4, 5 und 6 an die Wirtschafts Technische Abteilung des Arbeitsministeriums zu richten. Für Ausnahmen von der Polizeistunde gelten die bisherigen Vorschriften.

Auf den Lohnausfall infolge der Arbeitszeitverkürzung sind, soweit nicht Verabredungen zwischen Arbeiter- und Unternehmerverbänden getroffen werden, die Vorschriften über Erwerbslosenfürsorge Anwendung.

Die Beschränkungen dieser Verfügung werden aufgehoben werden, sobald die Lage der Kohlenversorgung es gestattet. Die Verfügung tritt sofort in Kraft.

Stuttgart, den 26. Nov. 1918. B i n d e m a n n.

Verkauf von Pferden und Fuhrwerken.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntgabe in Nr. 277 des Staatsanzeigers wird mitgeteilt, daß am Donnerstag, den 28. Nov. 1918, von vormittags 10 Uhr an in Hellbronn a. N. im Schlachtdiehshof, in Neckarsulm, in Sandelsheim, in Jagstfeld und in Neuenstadt, Oberamts Neckarsulm, sowie in Weinsberg, Löwenstein und Willibach, Oberamts

Weinsberg, je auf dem Marktplatz von einer österreichischen Infanterie Division Pferde und Wagen in größerer Anzahl verkauft werden. Die Pferde und Wagen werden gemeinschaftlich verkauft (je 2 Pferde mit Geschirren und einem Wagen).

Nach erfolgtem Verkauf ist bar zu bezahlen. Kriegsanleihe wird nicht angenommen.

Nicht mehr arbeitsfähige Pferde werden an Pferdeschlächter verkauft.

Den Käufern wird empfohlen, sich von der Infanterie-Division eine Bescheinigung über den Erwerb ausstellen zu lassen.

Verkauf von Pferden, Fuhrwerken und Gerätschaften.

Unter Bezugnahme auf die Bekanntgabe in 277 des Staatsanzeigers wird weiter mitgeteilt, daß am Freitag, den 29. Nov. und am Samstag den 30. November ds. Jrs. je von vormittags 10 Uhr an in Dehringen, in Stödingen und Neuenstein Oberamt Dehringen, sowie in Doll und Künzelsau je auf dem Marktplatz mehrere 1000 Pferde sowie auch Maultiere und Esel, weiter Wagen, Gerätschaften (insbes. Nähmaschinen und Häckselmaschinen). Sattelzeug von einer österreichischen Infanteriedivision verkauft werden.

Nach erfolgtem Verkauf ist bar zu bezahlen. Kriegsanleihe wird nicht angenommen.

Den Käufern wird empfohlen, sich von der Infanterie-Division eine Bescheinigung über den Erwerb ausstellen zu lassen.

Landesnachrichten.

Mittwoch 27. November 1918

Die Württemberger auf dem Marsch. Wie wir hören, waren die württ. Divisionen auf ihrem Rückmarsch vorgestern in der Umgebung folgender Orte untergebracht: 26. Inf. Div.: Hillesheim; 27. Inf. Div.: Wittlich; 26. Res. Div.: wehlich Köln; 204. Inf. Div.: Hölental; 242. Inf. Div.: südwestlich Coblenz; 243. Inf. Div.: Kusel; 2. Landw. Div.: unmittelbar südlich Badwilsbafen; 26. Landw. Div.: im Marsch vom südlichen Baden auf Tuttlingen.

Das Landesamt für Arbeitsvermittlung und die Demobilisierungsabteilung derselben befindet sich nunmehr im Gebäude Büchelerstraße 62 Telefon Nr. 12336 (vorläufiger Anruf unter stellv. Generalkommando Abtlg. II b 3 Nr. 10806-08).

Zu dem gestrigen Bericht über die hier stattgefundenen, von der Sozialdemokratie einberufene Versammlung wird uns noch ergänzend mitgeteilt, daß von dem Redner betont wurde, daß die Sozialdemokratie gegen jede Diktatur sei. — Wir ergänzen den Bericht gerne, bemerken aber, daß das was wir jetzt haben reine Diktatur ist. Sie zu beseitigen, ist der Zweck der Nationalversammlung, die hoffentlich bald gewählt wird und zusammentritt, um eine ordnungsmäßige Vertretung des Volkes und eine gesetzliche Regierung herzustellen.

Wegen der Kohlennot hat das Württ. Arbeitsministerium die Arbeitszeit für Betriebe, die Elektrizität oder Kohlen brauchen, für Schulen, Kanälen usw. auf 9 bis 2 Uhr festgesetzt. Läden dürfen bis 4 Uhr offen gehalten werden. Die Polizeistunde ist im ganzen Land auf 9 Uhr abends angelegt, die Straßenbeleuchtung und der Straßenbahnbetrieb sind um 10 Uhr einzustellen. Anpassung des Eisenbahnbetriebes ist vorbehalten.

ep. Der evangel. Pfarrverein zur neuen Lage. Der evang. Pfarrverein in Württemberg stellt sich auf den Boden der durch die Staatsumwälzung geschaffenen Tatsachen und ist bereit, die jetzige Regierung beim Wiederaufbau unseres Volkstums zu unterstützen. Er tritt ein für eine Selbständigmachung der Kirche im Sinn einer öffentlich-rechtlichen Kooperation, für eine Demokratisierung der Kirchenverfassung einschließlich des kirchlichen Frauenstimmrechtes und spricht die Erwartung aus, daß eine gerechte Ausscheidung des vom Staat mit der Zusicherung des Wiedererzuges eingezogenen Kirchengutes erfolgt.

Rückreise deutscher Heeresangehöriger in die Schweiz. Die Heimreise-Erlaubnis in die Schweiz wird nach dem „N. N.“ nicht mehr durch die konsularischen Konsulate in Deutschland erteilt, sondern durch eine besonders eingerichtete schweizerische Poststelle in Singen (Hohentwiel). Dort sind die Gesuche einzureichen und die Ausweise vorzulegen (über Wohnort vor der Einberufung in der Schweiz, Aufsicht über die familiären und Arbeits-Verhältnisse). In Singen erfolgt eine Quantitäre. Die Rückreise darf nur über Singen erfolgen.

Stuttgart, 26. Nov. (vom Arbeiter-rat.) Unter dem Vorsitz des Genossen Jernide von der linken Sozialdemokratie und des Genossen Anfried von den Radikalen tagt gegenwärtig im Ostian Siegle-Haus der Stuttgarter Arbeiterrat. In seiner Begrüßungsrede teilte der württ. Ministerpräsident Blos mit, daß das Wahlrecht für die Landesversammlung in Württemberg bereits fertiggestellt sei und daß es schon veröffentlicht worden wäre, wenn nicht zwei Mitglieder der Regierung gegenwärtig in Berlin weilten. Demnächst werden zwei aus Gelehrten und Arbeitern bestehende Kommissionen zusammentreten, um eine Verfassung für Württemberg und über die Weiterführung der Frage der Sozialisierung zu beraten. Bei der Erstattung des Berichtes durch den Vorsitzenden Anfried kamen die Gegensätze innerhalb der Sozialdemokratie und des Arbeiterrates zum vollen Durchbruch. Aus dem Bericht über die Geschichte der Revolution erfährt man unter anderem,

wie der Arbeiterrat sich ein Organ zu schaffen wolle, wie dabei die „Württembergische Zeitung“ vergeblich wurde, ist bekannt. Es wurde auch gefordert, die zweimaligen Ausgaben der beiden Zeitungen „Neues Tagblatt“ und „Schwäb. Merkur“ zu verbieten. In Kiel, so wurde weiter bekannt, sind bereits die Banken von den bolschewistisch Gesinnten beschlagnahmt worden. Die Redner beider Richtungen, der Radikalen und der gewählten Sozialdemokratie, bekämpften sich aufs schärfste.

Als oberste Stelle des württ. Heereswesens wurde der „Landesanschauf“ gewählt. Er setzt sich wie folgt zusammen: Fischer-Stuttgart, Leiter des Kriegswesens; Wicker-Ulm, 1. Vorsitzender und Propaganda, Schüller-Gmünd, 2. Vorsitzender und Propaganda; Lind-Löwenburg, Bevollmächtigter d. stellv. Generalkommando XIII. A. L., Wollbold-Heilbronn, Bevollmächtigter beim Arbeitsministerium; Schindler-Münzingen, Musikverteilung im Hauptgeschäftsraum; Kottler-Weingarten, Geschäftsführer.

Stuttgart, 26. Nov. (Bereitschaft) Erhöhte Bereitschaft war nach der „N. Z.“ für die Stuttgarter Garnison am letzten Sonntag angeordnet.

Stuttgart, 26. Nov. (Offiziersversammlung) Eine Versammlung von Offizieren beschloß, die Regierung, soweit sie die Ordnung aufrecht zu erhalten und für das ganze Volk zu sorgen bestrebt ist, zu unterstützen. Es wurde ein Ausschuss von 6 Herren gebildet, der die Standesinteressen vertreten soll.

Stuttgart, 26. Nov. (Württemberg in Odesa.) Von ausländischer Seite wird uns geschrieben: Bei der 7. württ. Landwehr-Division, die sich in der Hauptsache noch in und um Odesa befindet, ist nach telegraphischen Nachrichten des Divisionskommandeurs alles ruhig und in Ordnung. Die Division soll in der zweiten Hälfte des Dezembers heimbeordert werden. Kleinere Teile sind in Rumänien und werden von dort aus beordert. Hiernach liegt zu Befürchtungen, die nach dem langen Ausbleiben von Nachrichten da und dort aufzutreten sein mögen, kein Anlaß vor.

Stuttgart, 26. Nov. (Eodesfall) Geh. Hofrat Rudolph von Bellnagel, früher langjähriger Chef des Bankhauses Stahl & Federer, ist heute nach längerem Leiden gestorben.

Stuttgart, 26. Nov. (Raub.) In der Nacht zum Sonntag ist ein Mehrgeladen in der Gutenbergstraße ganz ausgeraubt worden.

Söflingen, 26. Nov. (Ein Langrohrgeschütz.) Auf dem hiesigen Bahnhofs steht, auf einem Eisenbahnwagen montiert, ein 38 cm kalibriges Langrohrgeschütz, im Gewicht von 270 000 kg. und mit einer Länge von 31,6 Meter. Der Erbauer ist die Firma Krupp in Essen.

Mulendorf, 26. Nov. (Landjägerversammlung.) Am Freitag und Sonntag fanden hier gut besuchte Versammlungen der Stationskommandanten und Landjäger des Bezirks Ravensburg statt, um einen Verein der Korpsangehörigen zu gründen, der sich zur Aufgabe gestellt hat, das Korps der Neuzeit entsprechend umzugestalten. In einer Resolution brachten die Anwesenden zum Ausdruck, daß sie unter der heutigen provisorischen Regierung nach wie vor ihren Dienst zum allgemeinen Wohl des Vaterlandes erfüllen wollen; den beiden Landjägeroffizieren, Major Wenzel und Bazing, wurde vollstes Vertrauen ausgesprochen.

Feneubach, 26. Nov. (Besitzwechsel.) In der chemischen Fabrik von G. Feneubach, die seit einigen Jahren außer Betrieb ist, hat die Militärverwaltung vor einiger Zeit ein Instandsetzungsamt eingerichtet. Nun hat die Fabrik die Firma Paul Schröter in Stuttgart, die ihren Betrieb nach hier verlegt, um 450 000 M. käuflich erworben.

Gfilingen, 26. Nov. (Anschluß an die demokratische Partei.) Die Nationalliberale Partei Gfilingen hat sich in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung für den Anschluß an die deutsche demokratische Partei erklärt.

Herrenberg, 26. Nov. (Vom Zuge überfahren.) Eine Schaffnerin aus Feneubach des nach Gfilingen fahrenden Personenzug holte sich etwas Stroh von einem Militärtransportzug. Beim Aussteigen auf ihren Zug stürzte sie ab. Sie getiet unter die des Zugs, wobei ihr beide Beine und ein Arm abgedrückt wurden. Die Frau ist nach wenigen Stunden gestorben.

Vermischtes.

Zur Verhaftung des Generals Krafft von Dellmensingen wird berichtet: Als am 8. November in München die Revolution ausgebrochen war, telegraphierte der bayerische General Krafft von Dellmensingen von Ulm aus an das Große Hauptquartier, man möge ihm zwei zuverlässige Divisionen überlassen, um die Revolution in Bayern zu unterdrücken. Aber in Württemberg wurde der Telegraph bereits von dem Arbeiter- und Soldatenrat kontrolliert. Der Rat veranlaßte daher die Verhaftung des Generals und seiner Gemahlin und ließ sie nach München verbringen. Nach neuester Meldung ist der General nach seiner Vernehmung wieder auf freien Fuß gesetzt worden. — General Krafft von Dellmensingen, aus einer Ulmer Familie stammend, ist der flegelreiche Führer der bayerischen Truppen in Siebenbürgen und in den Karpathen. Er hat in schwierigen Kämpfen den roten Turmpaß erobert.

Stiftung der Kronprinzessin. Die Kronprinzessin Cécilie hat vor ihrer Abreise nach Kopenhagen von ihrem Landgut Cécilienhof bei Potsdam mehrere Zentner Weizenmehl und einige hundert Glas Honig dem Arbeiter- und Soldatenrat zur Verfügung gestellt, um den Kindern von Potsdamer Kriegern auf Weihnachten Honighuchen backen zu lassen.

Auf der Heimfahrt verunglückt. Als ein Militärzug auf der Strecke Duisburg-Oberhausen durch ein Tunnel fuhr, wurden fünf auf den Wagendächern liegende Soldaten herabgeschleudert und getötet.

Verurteilung. Der vom Arbeiter- und Soldatenrat in Kassel eingesezte Bahnhofskommandant Möhler wurde wegen des Verdachts der Veruntreuung seines Postens enthoben. Der Verhaftung entzog er sich durch die Flucht und nahm wichtige Papiere mit.

Die amerikanische Cruise soll nach einem Bericht aus Minnesota in diesem Jahre die größte sein, die je eingekauft wurde. (?) Die Qualität sei ungewöhnlich gut.

Die Karosofferte in Gefahr. Aus Westpreußen wird berichtet, daß starker Schneefall eingetreten sei. Dadurch drohen Millionen von Jentnern Karosoffen und Futtermitteln, die noch nicht eingebracht werden konnten, verloren zu gehen.

80 Millionenraub. Die neulich gemeldete Verabreichung einiger Eisenbahnzüge in Berlin hat sich als ein Gaunerstück erster Klasse einer organisierten Bande herausgestellt. Auf dieser noch unangeklärte Weise hatten die Beteiligten in Erfahrung gebracht, daß auf dem Schließenden Bahnhof einige Züge mit Material der Armee nachkommen eintreffen werden. Sie legten sich die Absichten des Arbeiter- und Soldatenrats an, nahmen die Züge in Beschlag und blühten sie zum Teil aus. Einer der Züge, aus drei Wägen bestehend, enthielt 60 Millionen Mark und er war unter Bewachung eines Oberleutnants, einiger Offiziere und 21 Mann eingetroffen. Die Offiziere und der größte Teil der Mannschaft hatte den Zug verlassen, zwei Unteroffiziere und zwei Mann waren zur Bewachung zurückgelassen. Da erfahen die Sicherheitswache des Arbeiter- und Soldatenrats unter der Führung eines Matrosen namens Koch. Mit vorgehaltenen Revolvern zwangen sie die Bewachung, die Waffen auszuliefern, rissen ihnen die Kohären und die Achselstücke ab und „übernahmen“ den Zug. Die Bande wurde von der Kriminalpolizei zum Teil dingfest gemacht. Wieviel von dem ganzen Raub verloren ist, ist noch nicht bekannt.

Haubel und Verkehr.

Altensteig, 26. Nov. (Schweinemarkt.) Auf den heutigen Schweinemarkt wurden zugeführt: Milchschweine 58 St. Preis pro St. 45—115 M., Käuferschweine 3 St., Preis pro St. 190—232 M.

Letzte Nachrichten.

RTD, Wilhelmshöhe, 26. Nov. Der S. Rat der OHS hat heute an den Gouverneur von Kiel, Reichstagsabg. Kocke, folgenden Funkspruch gerichtet: Wir begrüßen lebhaft die Kundgebung der Kameraden von der Marine und schließen uns der von ihnen ausgesprochenen Entrüstung gegenüber den Vorgängen in Berlin rückhaltlos an. Wir verurteilen mit ihnen aufs Schärfste das Treiben gewisser Ränderhaken der Revolution und den Bestand des Reiches erblicken. Ebenso sind wir mit den Matrosen in Kiel eins in dem Wunsche nach einer Nationalversammlung die alsbald unter Mitwirkung aller noch unter den Waffenstehenden einzuberufen ist. Daher halten wir es für unsere Pflicht, die Regierung Ebert-Haase mit allen Mitteln zu unterstützen.

Der Vollzugsausschuß des S. Rats bei der OHS.

Berlin, 27. Nov. Der Berliner Lokalanzeiger will wissen, daß von einflussreichen Kreisen auf die Regierung dahin eingewirkt werde, von deutscher Seite eine Einladung

an den Präsidenten Wilson zu richten, auch Deutschland oder einen deutschen Deputierten zu befragen, falls er sich zu der Friedenskonferenz nach Europa begeben würde. Wir verzeihen diese Nachricht mit allem Vorbehalt.

Mutmaßliches Wetter.

Die Störungen nehmen weiter zu. Am Donnerstag und Freitag ist nachkaltes Wetter zu erwarten.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei Altensteig.
Für die Schriftleitung verantwortlich: Paul W. u. L.

Bestellungen

auf unsere Zeitung

„Aus den Dauen“

für den Monat **Dezember** werden von allen Postboten, Postagenturen, sowie von Austrägern und Agenten unserer Zeitung :: entgegengenommen. ::

Landw. Bezirks-Verein Calw.

Behufs Durchführung der geordneten Ernährung der Bevölkerung, insbesondere auch der Truppen und heimkehrenden Krieger, richten wir an unsere Mitglieder die dringende Bitte,

alles, was sie vom Ertrag ihrer Felder und Ställe irgendwie abgeben können unverzüglich abzuliefern.

Es kommt alles darauf an, uns über die nächsten gefährlichen Wochen der allgemeinen Stockung hinwegzubringen. Deshalb ist es dringend nötig, alle Erzeugnisse sofort abzuliefern und insbesondere das Vieh trotz der schwierigen Verhältnisse zu beschleunigen. Die Bestimmungen über die Ablieferungspflicht und über die Preise müssen aufs strengste eingehalten werden. Alle bei der Landbevölkerung umlaufenden Gerüchte, daß diese Bestimmungen durch die Umwälzung der Verhältnisse aufgehoben seien, sind falsch. Sämtliche Bestimmungen bestehen noch zu Recht.

Wer die Erhaltung der Ruhe und Ordnung wünscht und unser Volk vor Hungersnot und vor dem Bürgerkrieg bewahren will, wird alles tun, um den Hunger der Verbraucher zu stillen. Andererseits dürfen die Landwirte darauf vertrauen, daß gegen alle Ausschreitungen tatkräftiger Schutz gewährt wird.

Calw, den 28. Nov. 1918.

Der Vereinsvorstand:

J. B.: Oberamtspfleger F e c h t e r.

Altensteig.

Danksagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die uns bei dem Hinscheiden unserer geliebten Tochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Emilie Luz

von allen Seiten erwiesen wurden, für die überaus vielen Kranz- und Blumenpenden, insbesondere auch für die am Grab niedergelegten Kränze seitens des Württ. Landesvereins vom Roten Kreuz und der hiesigen Ortsgruppe des Roten Kreuzes und für die zahlreiche Begleitung zur letzten Ruhestätte der fürs Vaterland Dahingegangenen sagen wir aufrichtigen und tiefgefühlten Dank

Die trauernden Hinterbliebenen.



Altensteig.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme infolge des Verlustes unseres lb. Sohnes und Bruders

Kanonier Karl Kappler

sowie für die zahlreiche Beteiligung an der Trauerfeier sagen innigsten Dank

die trauernde Mutter:

**Elise Kappler geb. Theurer
und Geschwister.**

Berneck, 26. Nov. 1918.

Todes-Anzeige.

Unser lieber Bruder und Schwager

Chr. Appenzeller

ist heute früh 7 Uhr im Alter von 70 Jahren gestorben.

Um stille Teilnahme bitten im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Herrn. Talmou und Frau geb. Appenzeller.

Beerbigung am Donnerstag nachm. 9 Uhr.

Dienstmädchen!

Ich suche für meinen kleinen Haushalt, 3 Personen, ein tüchtiges Mädchen.

**Frau Otto Michelsohn
Calw.**

Willkomm-Grüße

für heimkehrende Krieger empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Altensteig-Dorf.

Danksagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem schweren Verluste meines lieben Gatten, unseres lieben Vaters, Bruders, Groß- und Schwiegervaters

Jakob Klais

Schreiner und Gemeinderat

von nah und fern erfahren durften, sowie für die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, für die trostvollen Worte des Herrn Pfarrers und den Gesang des Herrn Lehrers mit den Schülern, sagen herzlichen Dank

die trauernden Hinterbliebenen.